

## Reaktionen auf den offenen Brief des EVG Landesverbandes an Sachsen-Anhalts Parteien und die NASA GmbH zur SPNV Vergabeentscheidung MDBS II an Abellio

An 5 Parteien im Land Sachsen-Anhalt, konkret die CDU, DIE.LINKE, die SPD, die Grünen und die FDP, sowie an die Mitglieder des Aufsichtsrates der NASA GmbH, haben wir Ende März 2013 unseren angekündigten offenen Brief versandt.

Hier sind noch einmal die gestellten Fragen nachzulesen (siehe auch Landesinfo Nr. 4 2013):

1. *Wie stehen Sie dazu, dass Millionen von Steuergeldern für eine neue, hoch moderne Werkstatt in Magdeburg-Buckau aufgewendet wurden, deren Auslastung nun eventuell, aufgrund Ihrer Vergabeentscheidung, heruntergefahren werden muss?*

2. *Wird die zukünftige Instandhaltungsleistung in den DB Regio Werkstätten Buckau und Halle verbleiben können?*

3. *Werden Sie für Abellio entsprechende Auflagen machen?*

4. *Ist auch bei dieser Vergabe an einen Instandhaltungsneubau, wie beispielsweise in Sangerhausen gedacht, obwohl die Kapazitäten schon bzw. noch vorhanden sind?*

5. *Wurden bei der Vergabe die zahlreichen bahnnahen, tariflich gebundenen und abgesicherten Arbeitsplätze, wie beispielsweise die der Fahrzeugreinigung, mit in Ihre Betrachtungen einbezogen?*

6. *Haben Sie mit der Vergabe Regelungen getroffen, die der Anordnungsbefugnis gemäß Art. 4 Abs. 5 S.1 VO (EG) 1370/ 2007 entsprechen? (Weiterbeschäftigung von interessierten Arbeitnehmern bei Wechsel des Leistungserbringers)*

7. *Haben Sie Abellio mit der Vergabe verpflichtet auch Ausbildungsplätze bereitzustellen? Oder darf sich Abellio, wie schon viele andere EVU, an der fachlichen Kompetenz der dann ehemaligen DB AG Mitarbeiter kostenlos erfreuen?*

In den Antworten, die wir auf unseren offenen Brief erhalten haben, wurde (bis auf zwei Ausnahmen) überhaupt nicht auf unsere Fragen eingegangen. Es gab lediglich einen Standardtext, in dem allgemeines Verständnis für die Sorgen der Mitarbeiter bekundet wurde. Ansonsten sahen sich die Angeschriebenen durchweg nicht in der Lage, unsere Fragen zu beantworten. Einerseits wurde darauf verwiesen, dass das Verfahren der Vergabe wettbewerbsrechtlich korrekt und konform gelaufen sei, andererseits, dass die DB Regio AG die Überprüfung der Vergabeentscheidung gefordert hat.

Persönliche Gespräche haben wir in dieser Angelegenheit mit Landtagsabgeordneten der CDU und der Partei DIE.LINKE geführt.

Der erste Termin fand Anfang April mit den Mitgliedern des Landtages, Frau Rogeé und Herr Hoffmann, dem verkehrspolitischen Sprecher der Landtagsfraktion DIE.LINKE, statt. Im Landesinfo Nr. 6 vom April 2013 haben wir bereits über das Gespräch berichtet. Dem ist hinzuzufügen, dass der Informationsaustausch nun funktioniert und die Vertreter der Partei im Landtag weiter Druck machen wollen, dass die Landesregierung unsere Fragen beantwortet.

Der zweite Termin fand am 23. Mai mit dem Fraktionsvorsitzenden der CDU im Landtag, dem MdL Herr Schröder, und dem verkehrspolitischen Sprecher der CDU, MdL Herr Scheurell, statt.

Die Vertreter des EVG Landesverbandes machten noch einmal deutlich, dass es in der Folge der Vergabeentscheidung nicht nur um die betroffenen Mitarbeiter der DB Regio AG sondern auch um zahlreiche bahnahe Arbeitsplätze, wie beispielsweise die bei der Bahnreinigung, dem Bahnschutz und des Services, geht. Jede Vergabe an Mitbewerber vernichtet bestehende Arbeitsplätze im DB Konzern! Dabei ist nicht einmal garantiert, dass mit der Vergabe an „Dritte“ die oft kritisierten Themen des heutigen SPNV abgestellt werden. Mit einem neuen Anbieter von Verkehrsleistungen verschwinden die bestehenden Probleme nicht automatisch. Das haben die bisherigen Vergaben an Dritte oft schon gezeigt! Und Wettbewerb des Wettbewerbs wegen – das kann und darf keine Lösung sein!

Im weiteren Verlauf des Gespräches wurde die Anwendbarkeit des SPNV BranchenTV an praktischen Beispielen erläutert. Von den CDU Vertretern wurde angedacht, bei zukünftigen Vergaben auf große Netze zu achten. Letztendlich wurde vereinbart, weiter im Kontakt zu bleiben.

Drei Monate nach der Vergabeentscheidung ist festzustellen, dass unsere Bedenken und Fragen dazu auf wenig Interesse bei den „Mit-Entscheidungsträgern“ gestoßen sind.

Wir sind aber überzeugt, dass wir mit unserer Aktion ein Ausrufungszeichen gesetzt haben. Die Politik weiß nun, dass die EVG unbequem ist, vernünftige Forderungen hat und sich massiv gegen einen Wettbewerb stellt, der auf dem Rücken unserer Kolleginnen und Kollegen ausgetragen wird!